



**„AFD NUR NOCH 15 PROZENT!“**

## ZDF-Politbarometer: Was nicht passt, wird passend gemacht. Oder platt ...

Von PETER BARTELS | Die alte Leier: Meinungsforscher machen Meinung. Fast überall. Jedenfalls beim ZDF. Motto: Wer uns nicht paßt, den machen wir platt. Laut ZDF-Politbarometer verliert die AfD glatte zwei Prozent, sackt auf 15 Prozent. Wegen Chemnitz!! Wehe, da lacht einer ...

Ausgerechnet nach Chemnitz, der größten Lügen-Lawine der Blockparteien, Lügen-Presse, Lügen-Radio und Lügen-FernsehfuZZis, behaupten die ZDF-Moslem-Männchen frank, frech und frivol: Die AfD hat wegen Chemnitz verloren, die „Toten-Hosen“ der SPD, GRÜNEN Gender-Genossen satt gewonnen: Schalmeienhafte zwei Prozent die Sozen – auf jetzt 20 Prozent. Atemberaubende zwei Prozent für die GRÜNEN „Schweinedeutschen“ – auf 16 Prozent.

Und damit's auch „seriös“ aussieht, knapsen die Moslem-Mainzer den Merkel-Männchen von der CDU/CSU sogar ein Pünktchen an – halten sie aber natürlich in der grünen Sicherheitszone von 30 Prozent! Dafür kriegen die Hairstylisten von der FDP einen auf die gesprayte Matte – nur noch sieben Prozent. Wieder ein

Prozent weniger!! Wenn ihr weiter so rumeiert, wie nach Chemnitz beim Verfassungsschutzpräsidenten, zünden wir den Nachbrenner, dann rast Ihr noch schneller auf den Fünf-Prozent-Abgrund zu ...Damit die Demoskopie aber wenigstens einen Hauch von Schein behält, tackern die ZDF-Meinungs-Macher die SED-LINKEN bei plus-minus acht Prozent fest.

Alles gelogen, dass sich die Bonzen-Balken biegen? Ein Nazi, wer sich was dabei denkt! Doch was kümmerts die Moslem-Männchen, wo andere Meinungs-Macher seit Wochen zähneknirschend die AfD verorten?

INSA: 17,5 %

FORSA: 16 %

Infratest 16 %

Überall also geht's mit den Blauen „Rettern des Gesunden Menschenverstands“ rauf, jedenfalls nicht runter. Mit der CDU sogar schon auf 28 % runter (letzte Wahl 32,8 %). Mit der SPD auf 17 % (Wahl: 20,5%). Mit den GRÜNEN dagegen gehts stetig rauf 13,5% (Wahl: 8,9%).

Beim neuesten „Bayern-Trend“ schnauft die CSU sogar schon bei 35 % (letzte Bayern-Wahl: 47,7%) die SPD japst bei 11% (20,6%). Die AfD wird „natürlich“ bei elf % gedeckelt (Wahl: 12,6%). Und auch in Bayern heben ausgerechnet die GRÜNEN geradezu himmelhochjauchzend ab: 17 % (Wahl: 8,6%)!!

Heute also die AfD-Klatsche vom ZDF: Runter auf 15 Prozent! Wegen Sachsen! Wegen Chemnitz!! Weil die AfD mit Trauerzug und Kerzen um einen ermordeten Deutschen trauerte, der von zwei Afghanen totgetreten wurde? Weil die AfD sagte: Die Sachsen sind keine Nazis? ... Es gab keine Menschenjagd in Chemnitz? Wie der CDU-Ministerpräsident, der Generalstaatsanwalt, der Polizeichef bestätigten: Keine Menschenjagd!?

Money makes the world go round – alter Hut. Für Geld werden auch Meinungsforscher zu Meinungsmachern – noch älterer Hut. Nur: Wie groß muss im ZDF inzwischen die Angst vor den

Ideologen und Fanatikern, den hausinternen und externen grün-roten Blockewarten der Linientreue sein? Offenbar schleichen alle Redakteure und Moderatoren längst mit einer Schleifspur in Höschen und Hose ans Mikro. Die einen gucken dabei wie Basedow, die anderen wie Stegner.

Noch sind sie nicht verummmt ...

---



Ex-BILD-Chef  
Peter  
Bartels.

*PI-NEWS-Autor Peter Bartels war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch „Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“, beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine Facebook-Seite!*

---



# Das Fake-Video von Lichtenberg

*„Guten Abend, es wäre, nicht ist, es wäre ein Skandal, wenn eine interessierte Gruppe es versucht und geschafft hätte, ein Video zu fälschen, auf dem einige Deutsche zwei Ausländer jagen. Und mit diesen Bildern die Medien und die Debatte im Land so zu steuern, dass alle vergessen, dass Flüchtlinge in Chemnitz tatsächlich einen Deutschen umgebracht haben. In Wirklichkeit ist das nicht geschehen. Das wissen wir.“*

So klitterte sich am Mittwochabend im „heute-Journal“ in altbekannt arroganter und belehrender Weise der Kleber seiner Kanzlerin die Wirklichkeit zurecht, wie sie ihr und also auch ihm gefällt. Und das heißt: „Das“ Video, in dem ein Deutscher hinter einem Ausländer herläuft und zu einem Tritt in den Hintern ausholt, ist keine Fälschung, sondern hat als Beleg zu dienen für Hetzjagden, Pogrome und ausländerfeindliche gewalttätige Übergriffe (jeweils im Plural). So die Welt des Claus Kleber.

Was der Kleber nicht weiß, weil es ihn nicht interessiert und weil er es auch nicht wissen wollte, stieße man ihn mit der Nase oder schlüge man ihn mit dem Kopf darauf, ist, dass es solch einen Versuch tatsächlich gab, am 7. September in Berlin-Lichtenberg (Video oben).

Dort, wo regelmäßig die AfD einen Infostand abhält, hatten sich ein paar drittklassige Schauspieler versammelt, um dumpfe AfDler im Skinhead-Look darzustellen, inklusive einer Hetzjagd gegen einen schwarzen Ausländer. Kameras standen bereit, um die Räuberpistole aufzuzeichnen, mit der sich ein paar verlauste Antifas ihr nächstes Bier verdienen wollten.

Das wäre nun ein Skandal, einer, wie ihn der Kleber in der Anmoderation ansprach, aber eben „nicht seiner“. Wie gesagt:

Wer gut und wer böse ist, wer ein Fake-Video dreht und wer nicht und welches davon dann schließlich der Wahrheitsfindung dient, das bestimmt der Kleber als Gegenleistung für eine fürstliche Bezahlung seiner Herrin, deren Nektar er dafür auf der vorgezeichneten Schleimspur schlürft.

Das, was am 7. September in Lichtenberg gedreht wurde und niemals den Weg in die Lückenpresse finden wird, stellt sich momentan so dar:

*Die AfD ist entsetzt von dem Versuch, Fakevideos an einem falschen Parteistand zu drehen. Durch einen Zufall konnte jetzt ein solches Projekt in Lichtenberg aufgedeckt werden:*

*Aufmerksame Passanten machten am vergangenen Freitag, dem 7. September, gegen 15:00 Uhr zahlreiche Beweisfotos. Außerdem dokumentierte ein Bürger das Geschehnis in einem Video. Darin zu sehen sind rund 20 Komparsen, teilweise skinhead-ähnlich gekleidet. Nachdem vor dem Stand eine „Jagdszene“ mit einem mutmaßlichen Südländer nachgestellt wurde, rückten die Täter wieder ab.*

*Besonders perfide ist, dass ein Ort ausgewählt wurde, an dem die AfD tatsächlich regelmäßig mit Infoständen präsent ist. AfD-Landeschef und Vize-Bundessprecher Georg Pazderski missbilligt derartige Aktionen mit Nachdruck: „Noch wissen wir nicht, wer dieses bizarre Schauspiel inszeniert hat, werden aber selbstverständlich Anzeige gegen unbekannt erstatten.“*

*[...] Die widerlichen `Jagdszenen´ erfüllen darüber hinaus den Tatbestand des Vortäuschens einer Straftat. Über eine Anfrage im Bezirksamt werden wir hoffentlich in Kürze erfahren, ob eine Drehgenehmigung vorlag und wer die Täter waren. Der Versuch, Politik mit Fakevideos zu betreiben, ist undemokratisch und gehört unterbunden!“*

Für die deutsche Lügenpresse aka ZDF gelten solche Aussagen

natürlich nicht. Ähnlich wie das Staatsfernsehen in der DDR ist das ZDF eingebunden in den Kampfauftrag der Partei, den Kleber am Mittwoch, wie immer und stets zur vollkommensten Zufriedenheit seiner Kanzlerin, erfüllte.



Hohe Faschis-Musküche

(Karikatur: Götz Wiedenroth)



# **BILD: „Teenager prügeln Polizistin in Klinik“ – Es waren Libanesen...**

Von PETER BARTELS | In Essen würde eine Polizistin vor einer Shisha-Bar angegriffen, zu Boden geschlagen und mit „voller Wucht in den Unterleib getreten“. Und BILD nennt die Verbrecher „Teenager“. Erst im sechsten Absatz schwurbelt das Blatt sich an die Wahrheit ran und rum ...

„Die Beamten wurden ... von mehreren libanesisch-stämmigen Personen beleidigt, geschlagen, getreten, gewürgt.“

Im sechsten Absatz!! Die Story hat 13 Absätze ... Es waren also Libanesen!! Migrant\*innen. Erste, zweite, dritte Generation? Was spielt das für eine Rolle? Keine. Es geschieht wieder und wieder. Und es geschieht generationsübergreifend. Tag und Nacht. Norden, Süden, Osten, Westen. Und auch diesmal wieder macht BILD „Tatü Tata“: „Brutaler Gewaltausbruch“ ... Fragt verlogen: „Entfesselte Gewalt in Essen?“ ... Heuchelt: „Unfassbar!“ Und geniert sich nicht, einen offenbar restlos einstielten Polizeisprecher namens Ulrich Faßbender (60) zu zitieren: „Diese Übergriffe sind inzwischen leider Alltag. Das dürfen wir nicht akzeptieren!“

Und einen erbärmlichen Oberbürgermeister Thomas Kufen (45): „Die Tat und das Unrechtsempfinden des 17jährigen verurteile ich aufs Schärfste.“ Das Männeken ist von der CDU ...

Sogar der „Betreiber“ der Shisha-Bar darf politically correct Empörung mimen: „Ich distanziere mich von der Gewalt gegen die Polizeibeamten. So etwas akzeptiere ich in meinem Laden nicht.“

Neiiiin! Wer wird denn?! Aber warum hat der junge „Betreiber“ (26) es überhaupt zugelassen? Warum hat er die „Teenager“

nicht – allein oder mit „Personal“ – mit ein paar Backpfeifen zur Ordnung gerufen? Notfalls Knüppel aus dem Sack?? Warum mußten erst zwei „Mitarbeiter der Tierrettung Essen e.V., die zufällig vor Ort waren“, der Polizei helfen, damit sie wenigsten e i n e n der Polizistentreter (BILD: „Jugendlichen“) festnehmen konnten? Die Kumpels und Mittreter des Libanesen (17) hatten sich natürlich längst vom Acker gemacht. Und Allah lächelte wahrscheinlich, wie immer ...

Gleich am Anfang flöht das BILD ein Handy-Video: „Es zeigt, wie ein ‚Angreifer‘ eine junge Polizistin (26) attackiert, ihr die Beine wegzieht. Sie fällt auf den Asphalt und versucht, sich aufzurichten. Doch ein anderer ‚Mann‘ tritt ihr mit voller Wucht in den Unterleib. Schließlich kann ein Kollege (27) dazwischen gehen, sie vor weiteren Tritten und Schlägen schützen ... ‚Anlass für die entfesselte Gewalt in Essen? Eine ganz normale Routinekontrolle der Polizei.“

Dann „enthüllt“ BILD endgültig die eigene Faulheit, Blindheit, Hörigkeit: Es geschah alles schon LETZTEN FREITANGABEND!! Also vor fünf (5!!) Tagen... „Zwei Beamte kontrollierten, ob sich Minderjährige im Shisha-Lokal ‚Buddy Bar‘ aufhalten ... Die Situation ‚eskalierte‘, die Beamten wurden laut Polizei von mehreren ‚libanesisch-stämmigen‘ Personen erst beleidigt, dann geschlagen, getreten und gewürgt.“

Dann aber wird es selbst für BILD „UNFASSBAR!“... „Die Familienmitglieder des Festgenommenen kamen später zur Wache, drohten, ihre Familien zu mobilisieren – sie wollten die Polizisten einschüchtern!“

Ja, ist es denn zu fassen? Wo gibt's denn so was? Ist Deutschland denn schon Balkan?? Eine Bananen-Republik etwa??? Tja, lieber BILD-Reporter Celal Cacar, in Osnabrück geborener Sohn, sicher braver, türkischer „Gastarbeiter“ (Einwanderer): DAS hast Du auf dem Weg zum Abi natürlich nicht gelernt. Auf Springers „Akademie“ für Journalisten erst recht nicht. Denn in diesem neuen „Roten Kloster“-West wird Politically



Correctnes á la Merkel gelehrt. In etwa wie einst die SED in Leipzig die Schreib-Soldaten-Ost dressierte. Und die drehen heute in allen Redaktionen von BILD bis SPIEGEL, ARD bis ZDF die Rädchen.

Merke, junger Mann: Deutschlands i s t längst nicht mehr „Banane“, Deutschland ist längst „Kahane“: „Hinter Ihnen geht einer, hinter Ihnen steht einer, dreh'n Sie sich nicht um ...“, Bully Buhlan wußte das schon 1951. Wir spätestens seit 2015 ... Essen und der Ruhrpott schon etwas länger!

---



Ex-BILD-Chef  
Peter  
Bartels.

*PI-NEWS-Autor Peter Bartels war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch „Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“, beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine Facebook-Seite!*

---



## Köthen: Linke rufen auf zur Gewalt gegen Trauernde

Wohlwollend wie immer berichtete das ZDF am Sonntag in „heute“ über „Aktivisten“, die einen Trauermarsch für den in Köthen gestorbenen Deutschen mit Gewalt verhindern wollten. Wer seiner Trauer um einen ums Leben gekommenen Mitbürger Ausdruck verleiht, ist für die linken Schlägerbanden ein „Nazi“, wenn die Täter Ausländer oder gar „Flüchtlinge“ sind und also in ein schlechtes Licht gerückt werden könnten. Negative Berichte über die Schulzschen „Goldstücke“ sind verboten.

Für die linksfaschistischen Schläger ist es dabei egal, ob die Trauernden schweigen oder verantwortliche Politiker oder die unerträglichen Zustände mit Parolen kritisieren. Schweigend oder laut, wer gegen kriminelle „Flüchtlinge“ ist, gar ihre Abschiebung verlangt, ist in ihren Augen „Nazi“. Sobald friedliche Demonstranten einmal so stigmatisiert beziehungsweise entmenschlicht sind, erlaubt das so gut wie alles gegen sie.

So auch hier. „Aktivisten“ nennt das ZDF beschönigend diejenigen, die mit Aufrufen zu Gewalt und Hetzjagden gegen Andersdenkende, Schweigende, Trauernde mobil machen. „Prügelstrafe für Nazis“ ist deren Motto, womit sie sich nicht nur als Gesetzgeber gerieren, sondern zugleich auch als richtende und vollziehende Gewalt in eins.

Und so wie ihr Verständnis vom linksgerichteten Staat ist auch

die geforderte Gewalt, „Prügelstrafe“, eine Anleihe beim Nationalsozialismus, den sie eigentlich zu bekämpfen vorgeben. Hätten sie in der damaligen Zeit gelebt, sie hätten selbst mit ihrer sadistischen Wollust den gemarterten Hilflosen die erwähnten 25 bis 75 Stockschläge verabreicht.

Annette Pöschel übernahm jedenfalls für das ZDF die richtige propagandistische Einordnung dieser faschistischen Schläger als „Aktivisten“ und ihres Aufrufes zur Gewalt als lustiges „Nazis wegbassen“. Den erwähnten und gut sichtbaren Aufruf zur Gewalt, die ganze Zeit links neben ihr sichtbar, nahm sie entsprechend ihrem Kampfauftrag für die Partei gar nicht erst zur Kenntnis beziehungsweise richtete den Focus auf die AfD.

Denn: Auch aus Dessau „war zu hören“, dass zum Trauermarsch „mobil gemacht wird“, und Dessau wäre doch der Ort, wo die AfD gerade einen Landesparteitag abhält!! Alles klar (ab 3:15 min)?

*Gerster: Annette, wie sieht es zur Zeit bei Ihnen aus?*

*Pöschel: Ich stehe hier vor dem Bahnhof in Köthen. Dort demonstrieren linke Aktivisten seit 18 Uhr unter dem Motto „Nazis wegbassen“. Wenige hundert Meter entfernt von mir sammeln sich Teilnehmer eines Trauermarsches. Dazu aufgerufen wurde schon seit den Mittagsstunden in den sozialen Medien, obwohl noch gar nicht genau bekannt war, was eigentlich überhaupt passiert ist.*

*Zum Einen haben rechte Parteien klar dazu aufgerufen, zum anderen hieße es auch in geschlossenen Gruppen, man möge sich zum Trauermarsch dort einfinden. Auch aus dem nahe gelegenen Dessau, wo die AfD ihren Landesparteitag gerade abhält, war zu hören, dass jetzt aktiv mobil gemacht wird.*

Was wäre wohl gewesen, wie hätte die Pöschel für das ZDF berichtet, wenn stattdessen die Forderung nach Prügelstrafe auf („rechten“) Spruchbändern gestanden hätte:

Prügelstrafe für Linksfaschisten!  
Prügelstrafe für rote Nazis!  
Prügelstrafe für die „Antifa“!  
Prügelstrafe für Gewalttäter!  
Prügelstrafe für Mörder!  
Prügelstrafe für Volksverräter!  
Prügelstrafe für die Lügenpresse!

Immer noch lustig?

---



## **Köln: DuMont-Mediengruppe muss Millionenstrafe zahlen**

Seit vielen Jahren sind die Zeitungen der Kölner DuMont-Gruppe maßgeblich an der Hetze und Verleumdung patriotischer Parteien und Organisationen beteiligt. Jeder noch so kleine Fehler der Verfemten wird begierig für Schmutzkampagnen genutzt. Doch die eigene Weste weist selbst unzählige Flecken auf, seit neuestem einen sehr dunklen und teuren wegen massiver Verstöße gegen das Kartellrecht.

Genauer gesagt wegen illegaler Gebietsabsprachen zwischen dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ und dem Bonner „General-Anzeiger“. Dafür hat das Bundeskartellamt nunmehr eine Geldbuße in Höhe von 16 Millionen Euro gegen die DuMont-Mediengruppe verhängt. DuMont und die Gruppe Bonner General-Anzeiger hätten nach

Behördenangaben im Jahr 2000 Verbreitungsgebiete im Raum Bonn weitgehend untereinander aufgeteilt, um Konkurrenz zu vermeiden. Dabei seien dem Kartellamt entscheidende Informationen bewusst verschwiegen worden. Und zur Verschleierung dieser Taten zu Lasten der Bürger seien die verbotenen Vereinbarungen bei einem Notar in der Schweiz abgeschlossen worden.

Die Geldbußen, die neben der DuMont-Mediengruppe auch eine verantwortliche Person und einen Rechtsanwalt betreffen, sind noch nicht rechtskräftig. Die Betroffenen hätten die Vorwürfe aber eingeräumt, das Verfahren sei einvernehmlich beendet worden, teilte das Kartellamt mit. Die Gruppe Bonner General-Anzeiger habe die Behörden im Dezember 2017 selbst über den Fall informiert und bleibe als Kronzeuge straffrei.

Hauptgeschädigte dieser schmutzigen Absprachen waren natürlich die Kunden, also die Bürger im Rheinland, die mangels echtem Wettbewerb letztendlich Nachteile wie höhere Preise alternativlos in Kauf nehmen mussten. Wobei heutzutage im Internetzeitalter zum Glück niemand mehr auf ein Zeitungsabo der Lügenpresse angewiesen ist. Vielmehr sollten sich die letzten nichtlinken Zeitungsabonnenten endlich fragen, warum sie für den Kakao, durch den sie gezogen werden, auch noch selbst zahlen?



# Wenn Journalisten mit der gleichen Arroganz über den Westen schreiben würden

Von LEO | In FOCUS Online erschien am Dienstag der Beitrag: „Stimmen aus Sachsen: Demokratiedefizit und Rechtsextremismus: Warum AfD und Pegida im Osten stärker sind“. Dieser Text ist wieder einmal ein Paradebeispiel für jene unverschämte Arroganz, Ignoranz, Besserwisserei und Hochnäsigkeit, mit der die Westmedien den Menschen in der ehemaligen DDR seit der Wende gegenüberreten. Um das deutlich zu machen: Hier ist der Link zum Originaltext im FOCUS, und hier der gleiche Text, nur aus umgekehrter Perspektive:

## **Stimmen aus Hessen: Demokratiedefizit und Linksextremismus: Warum CDU und Grüne im Westen stärker sind**

Die linksextremistischen Krawalle in Hamburg, der offene Schulterschluss des Bundespräsidenten mit linksextremistischen Protestlern beim „Wir sind mehr“-Konzert in Chemnitz und die immer noch hohen Umfragewerte für CDU, SPD und Grüne stehen in einem paradoxen Widerspruch zu der Lage im alten Westdeutschland. Von den guten Wirtschaftszahlen spüren viele Menschen nichts, die Zahl der Arbeitslosen wird statistisch geschönt, und der Ausländeranteil ist hoch. Erich Beinhart, Politikwissenschaftler an der TU Gießen, erklärt LOCUS Online im Interview, was schief läuft im Westen knapp 29 Jahre nach der Wende.

LOCUS Online: Herr Beinhart, bei der vergangenen Bundestagswahl haben in Hessen immer noch mehr Menschen der CDU als der AfD ihre Stimme gegeben, obwohl die Kanzlerin undemokratisch am Bundestag vorbeiregiert und mehrfach das Grundgesetz gebrochen hat. Die Furcht wächst, Union und Grüne könnten sogar die Landtagswahl 2018 wieder für sich

entscheiden, obwohl das Wirtschaftswachstum bei vielen Menschen nicht ankommt und die Flüchtlingsquote hoch ist. Was läuft schief im Westen?

Erich Beinhart: Da gibt es mehrere Erklärungsmuster. Eines ist, dass die hessische Provinz abgehängt ist. Lassen Sie mich nur die Verkehrsanbindung als ein plakatives Beispiel von mehreren nennen. Marburg ist die einzige große Universitätsstadt in Deutschland, die keinen vernünftigen Bahnanschluss hat. Und haben Sie mal versucht, mit dem Auto von Limburg schnell nach Sachsen zu gelangen? Da werden Sie eine halbe, dreiviertel Stunde auf Bundesstraßen durch Dörfer im Vogelsberg herum geführt.

LOCUS Online: Wo sehen Sie den Ursprung für diese widersprüchliche Selbstzufriedenheit, die sich in Hessen in Landtagswahlprognosen von immer noch mehr als 30 Prozent für die CDU widerspiegelt – und die CDU offen mit der einst von kommunistischen K-Gruppen unterwanderten Partei der „Grünen“, einer Partei, die jahrelang Pädophile, RAF-Sympathisanten und Brandbombenwerfer wie Joschka Fischer in ihren Reihen tolerierte, in einer gemeinsamen Koalition marschieren lässt?

Beinhart: Ich denke, ein wichtiger Teil lässt sich durch mangelndes Demokratieverständnis erklären. Seit der Wiedervereinigung ist viel zu sehr in den Hintergrund geraten, dass die Menschen, die die alte Bundesrepublik noch von innen erlebt haben, zumindest über Eltern und Großeltern von zwei demokratiefeindlichen Ideologien geprägt wurden. Die eine ist die nationalsozialistische, die inhaltlich samt Holocaust völlig verquer aufgearbeitet wurde. Alle BRD-Bürger mussten böse Faschisten sein, ihnen wurde von CDU, SPD und Grünen eingetrichtert, dass sie zu den Bösen gehören. Aber das Bewusstsein, eigentlich gar keine Verantwortung übernehmen zu müssen für die Verbrechen der Nazis, die für den Westen, Mitteldeutschland und natürlich auch den alten Osten galten, das konnte sich so nur schwierig entwickeln. Die andere ist die im Ursprung maoistische Ideologie der 68er, unter deren

Einfluss ein nicht unbedeutender Linksextremismus, den es selbst zu Kohls Zeiten gab, wiederbelebt, aber kleingeredet wurde. Das hätte nicht zum Dogma des faschistischen Sündenstaats gepasst.

LOCUS Online: Aber die fehlende Aufarbeitung der 68er und die politische Schräglage bei der Aufarbeitung der NS-Diktatur fällt auch in die Zeit nach der Wiedervereinigung, d.h. eine Zeit der Freiheitlichkeit und des demokratischen Aufbruchs. Warum hat es dort Probleme gegeben?

Beinhart: Das Problem ist, dass politische Bildung in der alten Bundesrepublik relativ ähnlich war wie in der DDR. Mit der Wiedervereinigung gab es zwar erstmals die Möglichkeit, dies zu ändern. Aber es gab kaum Lehrer, die das sofort umsetzen konnten. Man hätte Hunderte Demokratie-sattelfeste Sozialkundefahrer sowohl nach Mitteldeutschland als auch in die alte Bundesrepublik schicken müssen. Das geschah aber nicht, und das wollte auch keiner. Und ganz offenbar maßen die Regierungen der alten Länder der Wichtigkeit einer politischen und gesellschaftlichen Bildung, die diesen Namen tatsächlich verdiente, auch in den knapp 30 Jahren danach keine angemessene Bedeutung bei. In Hessen steht das Fach Politik und Wirtschaft, das heute inhaltlich im Grunde dem Fach „Staatsbürgerkunde“ der DDR stark angeglichen ist und in dem eine linientreue Unterwerfung der Schülerschaft unter die Regierungsmeinung, aber kein eigenständiges kritisches Denken oder gar Hinterfragen der Regierungspolitik propagiert wird, sieben Jahre lang im Lehrplan – bis zur Jahrgangsstufe 13. Politische Bildung wird demgegenüber an sächsischen Schulen nur drei Jahre lang unterrichtet, und dies sogar vermischt mit Wirtschaft und Recht. Dadurch haben die Schüler in Sachsen natürlich viel mehr geistigen Freiraum, sich eine eigene Meinung zu bilden als in Hessen.

LOCUS Online: Und das hat im Westen wozu geführt?

Beinhart: Es führte dazu, dass im Westen heute mehr Menschen



Schwierigkeiten damit haben als im Osten, zu verstehen, wie Demokratie funktioniert. Jeder wird nur insoweit gehört und kann sich insoweit einmischen, wie er von der Regierungslinie nicht allzu weit abweicht, das ist aus Sicht der CDU- und Grünen-Sympathisanten klar. Aber eine Demokratie bedeutet natürlich, dass der Wunsch der Mehrheit auch 1:1 erfüllt wird, und das verstehen mehr Menschen im Westen nicht als im Osten. Zur Demokratie gehört ebenfalls zwingend, dass man fair mit der anderen Seite um Lösungen ringt. Durchaus kontrovers, aber immer mit Respekt vor dem anderen und ohne jede Form von Gewalt und Hass, auch nicht verbal. Wie aber soll diskutiert werden, wenn die andere Seite bei jedem Satz, der ihr nicht passt, gleich ‚Nazi‘ brüllt?

LOCUS Online: Social Media wirken da vermutlich wie ein Brandbeschleuniger?

Beinhart: Absolut. Wenn irgendjemand zum Beispiel behauptet, dass die Bundesregierung den Plan habe, das deutsche Volk gegen Syrer auszutauschen, dann wissen Leute, die auch nur einigermaßen gut informiert sind, sofort, dass dies nicht wirklich nur eine verrückte Fake-News ist. Aber wer sich etwa in hessischen Städten vorwiegend über das Fernsehen informiert und nicht untereinander und nicht über bestimmte Internetforen auf Facebook austauscht, sondern im Fernsehen permanent nur hört, ein solcher von der Bundesregierung geplanter Bevölkerungswandel sei nichts als Fake News, und dies dann im Radio und Fernsehen auch noch tausendfach wiederholt wird, dann halten viele dieser Menschen diese Information über den Bevölkerungsaustausch der Bundesregierung am Ende für komplett unwahr. Sie glauben sie einfach nicht, auch wenn sie in ihren eigenen Städten mit eigenen Augen mitansehen können, wie die Bevölkerungsstruktur Jahr für Jahr zugunsten von Syrern und sonstigen Arabern, Türken und Afrikanern verändert wird.

LOCUS Online: Das heißt, eine starke Zivilgesellschaft ist der beste Schutz gegen krude Theorien?

Beinhart: Wo es sie als Korrektiv gibt, zerfallen die Fake-News der Bundesregierung schnell zu Staub – denken wir allen an das Wort „Flüchtlinge“, das nichts anderes als reine Fake News ist, um die Menschen einzulullen. Deshalb ist die CDU in den großen Städten im Westen ja auch noch eher stark: Auf dem Land gibt es mehr intensiveres Vereinsleben, es findet mehr zwischenmenschlicher Austausch statt, das ist ein Korrektiv gegen die einseitige Berieselung durch die Regierungspropaganda in den Medien. Aber besonders in dichtbesiedelten Gegenden, in denen zudem viele alte Frauen wohnen – die wichtigste Wählerschicht der CDU – und die CDU immer noch hohe Werte erzielt, funktioniert das nicht. Besonders tragisch: Wer sich dort gegen die Fake-News der Bundesregierung stellt, wird oft sogar zum politischen Außenseiter abgestempelt und isoliert. Kurioserweise sind ja besonders CDU-, SPD- und Grüne-Wähler sehr kritisch gegenüber neuen Parteien wie der AfD, was vom Grundsatz her ja auch durchaus gesund ist. Zumal die AfD im Westen im Vergleich zum Osten erst seit relativ kurzer Zeit immer stärker wird und sie noch heute nicht weder über das nötige Personal noch über die gleichen Parteistrukturen wie im Osten verfügt, was ihre Arbeit nicht vereinfacht. Nur wollen viele notorische Jasager im Westen die Antworten von der AfD nicht hören. Nur die kruden Theorien von CDU-, SPD- und Grüne-Vertretern werden in der Kritik von diesen Jasagern komplett ausgenommen.

LOCUS Online: Und das wirkt sich wiederum positiv auf die wachsende Nähe mit linksextremen Gruppen aus?

Beinhart: Das zusammen mit den historischen Defiziten über die Aufklärung von der 68er-Ideologie ist vermutlich auch ein Grund dafür, warum so auffallend viele CDU-, SPD- und Grüne-Wähler vor allem im Westen und besonders in Hessen, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein überhaupt keine Hemmungen mehr haben, Schulter an Schulter mit linksextremen Leuten zu marschieren. Sie behaupten lautstark, sie gehörten zur ‚politischen Mitte‘. Aber es reicht eben als

Legitimation bei weitem nicht aus, biedere Kleidung zu tragen und erwerbstätig zu sein, um auch wirklich ein Teil der politischen Mitte zu sein. Ein Trugschluss mit fatalen Folgen.

LOCUS Online: Wie kann das jetzt effektiv geändert werden?

Beinhart: Zunächst einmal ist die schlechteste Variante aller, wie einst Hessens einstiger Umweltminister, Joschka Fischer, durch sein scheinbürgerliches Auftreten jahrelang suggerierte, ein Land wie Hessen sei gegen Linksextremismus „immun“. Dann müsste so schnell wie möglich eine wirkliche politische und gesellschaftliche Bildung hochgefahren werden, und zwar signifikant – an Schulen, aber auch im außerschulischen Bereich wie zum Beispiel in Jugendzentren, von denen es gerade im städtischen Bereich, wo die ländlichen Vereinstrukturen fehlen, immer noch zu wenige gibt. Es überrascht mich nicht, dass die Menschen dort früher so oft die SPD gewählt haben, weil jene Partei oft als einzige diese Lücken gefüllt und sich so die Unterstützung für eine bestimmte Zeit gesichert hat. Heute versucht das die CDU, weniger durch konkrete Lösungen, sondern eher dadurch, den Menschen ein soziales Ruhekitzel und eine Gemeinschaft für ihre Selbstzufriedenheit zu schaffen. Nur über eine bessere Bildung lässt sich die mangelnde Skepsis gegen die ‚Obrigkeit‘ jedoch überwinden, mit der die Menschen in der alten Bundesrepublik großgeworden sind und sie wenigstens zu einem Teil noch immer an ihre Kinder und Kindeskiner weitergeben.

LOCUS Online: Und gilt das auch für Fake-News der Bundesregierung wie zum Beispiel das Wort „Flüchtlinge“, und für linksextremistische Lügen im Internet?

Beinhart: Ja, aber es gilt vor allem für Straftaten, die von Linksextremisten im Internet begangen werden. Hier muss der Staat schnellstmöglich neue Wege finden, wie dem Eindruck entgegengewirkt kann, es handele sich hierbei um einen rechtsfreien Raum. Geschieht dies nicht, so brauchen wir uns nicht darüber zu wundern, dass wir Delikte wie Beleidigungen,

Bedrohungen und Verherrlichung des Kommunismus, die wiederholt im Netz kaum geahndet werden, auch auf der Straße begegnen. Es muss ein neues System geben, solche Verstöße juristisch zeitnah zu ahnden. Denn umso länger der Staat hier nicht konsequent handelt, umso mehr verfestigt sich der Glaube in den unkritischen Teilen der Bevölkerung, dass dies völlig legal und vollkommen wahr sei, weil niemand mehr dagegen aufbegehrt.

---

*Anmerkung: Die vielen Grammatik- und Stilistik-Fehler im Text wurden zur Beibehaltung der Originalität aus der Textvorlage des FOCUS unverändert übernommen. Wir bitten die damit verbundene Belästigung unserer Leser mit schlechtem Deutsch zu entschuldigen. Bei der heutigen Schulausbildung vor allem in den Großstädten Westdeutschlands ist in den westdeutschen Medien leider kein höheres sprachliches Niveau mehr zu erwarten.*

---



## **Zeitungs-, Schmock- und Lira-Sterben von seiner schönsten Seite**

Von HORST KÖTER | Es gibt doch noch erfreuliche Nachrichten. Zwei davon: Die taz und die türkische Lira samt Oberdönianer

schaffen sich ab. Die dritte Top-Meldung: Ex-tazler und Deutschlandhasser Deniz Yücel ist bei seinen Welt-Kollegen mittlerweile „in Verschiss“ geraten. Der baldige Abgang dieser Protagonisten ist Zeitungs-, Schmock- und Lira-Sterben von seiner schönsten Seite.

Die taz ist auflagenmäßig ja schon länger abgängig. Jetzt will sie die gedruckte Ausgabe bis 2022 einstellen, um überwiegend online ihren kleinen Umsatz-Arsch zu retten. Kein Problem, denn Deutschland ging diesem Links-Blatt, das Grüne und Linke bedient, zu Printzeiten regelmäßig am selbigen vorbei. Einer ihrer tollsten Mitarbeiter war der Deutschlandhasser Deniz Yücel, halb Türke, halb Deutscher und ein Schmock wie aus dem Stück von Gustav Freytag. Ihm gaben sie Raum, mit sattem Strahl auf das Land der Dichter und Denker zu pissen als wär`s ein Land der Köterrassen. Der folgende Nachruf auf taz & Co. nimmt deshalb Anleihen aus Yücel's berüchtigter Sudel-Kolumne.

Endlich! Super! Wunderbar! Die taz ist (so gut wie) tot. Mal ehrlich, wer braucht dieses links-gedrehte Klopapier, dessen Druckausgabe vor allem einem Zweck dienlich war: der körperlichen End-Reinigung. Schon ihr Pfoten-Logo sieht aus, als wenn ein Stinktier in die eigene Hinterlassenschaft tritt und eine journalistische Duftmarke hinterlässt, die nach – na, Sie ahnen es schon – jedenfalls nicht nach Narzissen riecht. Wenn die taz dann voll auf online umschaltet, gibt es auf jeden Fall weniger Klopapier. Und toll, die Bäume werden gerettet, die sonst als Papierleichen weiter missbraucht würden, taz-Mist zu verbreiten.

Wer schreibt eigentlich für ein kommerzielles Blatt, das seinen Angestellten 5,39 Euro pro Stunde zahlt und damit 3,11 Euro weniger als der damals angestrebte Mindestlohn? Sind das Redaktions-Sklaven, journalistische Sados, Sprungbrettschreiber Marke Yücel-Schmock? Der Mann wäre gewiss länger als ein Jahr in der Türkei inhaftiert gewesen, wenn er sich dort Ausfälle wie im totaltoleranten Deutschland geleistet hätte. Aber auch so entgeht er seiner gerechten

Strafe nicht, denn inzwischen hat er offensichtlich bei einigen seiner Kollegen in der Welt-Redaktion verschissen, meldet Jouwatch.

Grund: Nach seiner Haftentlassung vor mehr als sechs Monaten habe er sich nur einmal kurz im Newsroom blicken lassen, um die „Huldigung“ der Redaktion per Applaus entgegenzunehmen. Sein Auftritt sei „arrogant“ gewesen, heißt es gegenüber Jouwatch. Seitdem wurde er nicht mehr gesichtet. Die „Welt“ hat auch keinen Text mehr von ihm veröffentlicht. Yücel schreibt einfach nicht mehr. Dennoch wird er bei vollen Bezügen – und die sollen üppig sein – weiterbeschäftigt. Und jetzt soll er auch noch einen Medienpreis erhalten. Das schafft Neid.

Super, wunderbar, na endlich! An den Börsen spielen sie das Spiel „Dollar fickt Lira“. Ein Trump kostet sieben türkische Jungfrauen. Gewettet wird auf den Tiefpunkt der Talfahrt des moslemischen Spielgelds vom Bosphorus. Besonders amüsan: Der Lira-Sultan gebärdet sich, als hätte ihm seine Lieblingskamelstute gerade einen verplättet. Allah soll`s jetzt wieder mal richten.

Seine Anhänger schmeißen ihre Dollars gegen Lira weg und beamen sich in die wirtschaftliche Steinzeit. Wer braucht schon ein Land im europäischen Verbund, in dem Einwohner auf ihre Handys treten und Süßgetränke ins Klo schütten, weil der Obermufti eine Fatwa gegen Donald den Schrecklichen anzettelt. Und die Deutschen als Nazis beschimpft, aber vom Völkermord in Armenien nichts wissen will. Der Kinderehen duldet und zulässt, das sie zu Gebärmaschinen im Burkalook werden. Europa ade, der Sultan schafft sich selber ab und begnügt sich mit den Volkssportarten Jammern, Opferrolle und Ziegenficken, wie es in einem Schmähdgedicht des Satirikers Böhmermann hieß. Was aber nicht stimmen soll und eine Gemeinheit von diesem war.

Über den baldigen Abgang dieser Deutschland-Feinde muss sich keiner Gedanken machen. Etwas Besseres als *taz* und Türken-

Lira, Oberdönianer und Yücel findet sich allemal.

---



## Michel denkt, wie Mutti lenkt

Von SELBERDENKER | Medien gelten als die vierte Gewalt im Staate. Wenn Objektivität und Neutralität bei den einflussreichsten Medienmachern tatsächlich oberste Maxime wären, könnte diese vierte Gewalt in Deutschland eine positive, eine korrektive Funktion erfüllen.

Im heutigen Deutschland, in der heutigen Zeit, stellt sich allerdings zunehmend die Frage, wie weit die Gewalten miteinander verquickt oder gar schon verschmolzen sind. Insbesondere die Exekutive übt zunehmenden Einfluss auf die veröffentlichte Meinung aus – und nicht nur das.

Die Bundesregierung hat, direkt über den Rundfunkrat oder indirekt, offen oder verdeckt, Einfluss auf die Pöstchenvergabe in den großen Medien- und Rundfunkanstalten. Dieser Hebel wirkt sich ganz konkret auf das aus, was das Volk sieht, wie es das Volk sieht oder was das Volk erst gar nicht zu sehen bekommt. Das wiederum manipuliert die Wahlentscheidung – im Sinne der Herrschenden.

Ein Lehrstück, wie man den politischen Gegner, im Mäntelchen des neutralen „Qualitätsjournalismus“, einem doch recht ungeschminkt feindlichen öffentlichen Verhör unterzieht, lieferte neulich – PI-NEWS hat öfters darüber berichtet –

Thomas Walde beim ZDF. Der unkritische Konsument sieht es, schluckt es und akzeptiert die AfD, einmal mehr, als Feind – denn das ZDF wird es ja schon wissen.

Die ARD („Das Erste“) zieht am gleichen Strang, nutzt das naive Vertrauen der Deutschen in „ihre“ öffentlich rechtlichen Medien und arbeitet mit den gleichen Methoden. Kai Gniffke, seit 2006 Chefredakteur von Tagesschau und Tagesthemen, lässt Dinge verschweigen, die geschehen sind und verkündet vor seinem Millionenpublikum dafür gerne auch mal andere Dinge, die nicht geschehen sind.

Dafür bekommt er auch noch unser Geld, ob wir ihn bestellt haben, ihn sehen wollen – oder nicht.

Leute wie Gniffke haben politische Macht, viel mehr Macht als so mancher Politiker. Solche Einzelpersonen können das Denken der Menschen durch Unterschlagung und Färbung von Informationen manipulieren.

Wer besetzt die königlich bezahlten GEZ-Posten mit Leuten wie Gniffke? Da ist auf der höchsten Medienebene sehr viel Machtgeschacher und Parteipolitik im Spiel. PI-NEWS-Leser wissen: Es gab in der Vergangenheit zahlreiche Belege dafür, dass der Staatsfunk mit dem Label ARD und ZDF sehr viel Augenwischerei und schmutzigen Journalismus im Sinne der Regierung betreibt und dass die bestens bezahlten Herrschaften ihrer objektiven Informationspflicht gegenüber dem zu ihrer Finanzierung gezwungenen deutschen Souverän nicht nachkommen.

Auch auf der „künstlerischen“ Ebene, bei Unterhaltung und GEZ-finanzierten Spielfilmen, trifft die Gesinnungspropaganda bei ARD und ZDF, für jeden halbwegs kritischen Beobachter sichtbar, aus allen Poren.

Wenn sich Gniffke nun herablässt, auf Protest zu antworten, ändert das nichts am Ergebnis, korrigiert nicht die in Deutschland weiterhin herrschende unselige Schiefelage. Es ändert nichts an der zunehmenden Verschmelzung von Regierung



und „öffentlich-rechtlichem Rundfunk“.

Auch diese Nachricht wurde mal wieder NICHT gebracht, Millionen haben die Information NICHT erhalten. Man hat es weggelassen und den Deutschen dafür lieber irgendeinen netten, belanglosen Käse zur Beruhigung aufgetischt.

Solange Leute wie Gniffke an der Ventilsteuerung der Informationen hocken, werden vergleichbare Informationen, Vorfälle, Morde auch in Zukunft nicht an die breite Öffentlichkeit gelangen und entsprechend nicht breit diskutiert. Das wissen die Waldes, die Merkels und die Gniffkes sehr genau.

Michel denkt, wie Mutti lenkt. Die alten Mechanismen funktionieren weiter. Wie lange noch?

SAPERE AUDE!

---



## **Presse wagt Kritik an Hannovers Oberbürgermeister Schostok**

Was passiert, wenn ein SPD-Oberbürgermeister es von Partei und Berufs wegen her gewohnt ist, nur auf Zustimmung zu stoßen und eine zahnlos gewordene Presse plötzlich das Gebiss einsetzt

und zaghafte Kritik zu äußern wagt, so wie früher? Es passiert folgendes:

*Der SPD und Oberbürgermeister Schostok wird vorgeworfen, dass er von üppigen unrechtmäßigen Gehaltszulagen gewusst haben soll, die etwa sein ehemaliger Büroleiter Frank Herbert jahrelang erhielt. Deshalb ermittelt auch die Staatsanwaltschaft Hannover gegen den Sozialdemokraten.*

Die in die Tage gekommene zahnlose Presse ist in diesem Fall die Hannoversche Allgemeine, kurz HAZ, die dem OB Fragen zu dem Fall zukommen ließ. Laut dem berichtenden NDR wird dies jedenfalls nicht von Schostok abgestritten. Und wie geht er nun mit den Anfragen um? Dies war seine Reaktion:

Er werfe, so der NDR, dem Blatt eine „unfaire Berichterstattung vor“. Der OB wörtlich in einer Erklärung:

*„Es besteht der Verdacht, dass unter dem Deckmantel der Pressefreiheit mit aus dem Zusammenhang gerissenen angeblichen Enthüllungen gezielt die Unschuldsvermutung unterlaufen werden soll.“*

Noch einmal, es waren Fragen, die ihm gestellt wurden und die er nicht beziehungsweise mit diesem sozialdemokratischen Mimimi beantwortete. Er hätte schreiben können, welcher Zusammenhang hier außer Acht gelassen wurde oder welche Enthüllungen unwahr sind („angebliche Enthüllungen“). Doch nichts davon. Die Reaktion war der oben zitierte Text. Schostok setzte sich nicht inhaltlich zur Wehr, sondern mit Empörung, ein mittlerweile gängiges linkes Verhaltensmuster und üblich gewordener linker Politikstil. Getroffene Hunde bellen laut, würde der Volksmund das nennen.

Was die Presse angeht, da staunen sie plötzlich selbst, wie schnell sie abgebügelt werden, wenn es um einen SPD-OB geht. Hendrik Brandt von der HAZ und Christine Eickmann vom Deutschen Journalisten-Verband geben sich „sehr erstaunt“ und sehen sich genötigt, das „Gut der Pressefreiheit“ hier auch

noch verteidigen zu müssen.

In der Demokratie schlafen gegangen und in der linken Meinungsdictatur aufgewacht. Man darf es nur hoffen, dass die Presse langsam wieder erkennt, wo ihre Aufgabe liegt und was ihre Dienstleistung für die Demokratie ausmacht. Demokraten bezahlen sie eben für kritische Berichterstattung, aber auch nur dafür.

---



## **Achgut: Auch Journalisten bekommen gerne was geschenkt**

Von PETER BARTELS | Man gönnt sich ja sonst nix ... Journalisten wissen alles. Mindestens besser. Jetzt, jederzeit, in alle Ewigkeit.

Beckenbauer und die verlorenen Millionen ... Jan Ullrich und die verlorene Unschuld ... Trump und die verlorenen Weiber ...

**WIR** passen auf! **WIR**, die Unbestechlichen!!

Erich Wiedemann räumt mit einer der größten Lügen in der Gesellschaft auf – mit den **JOURNALISTEN**.

Sie waren und sind in Wahrheit die größten Jäger der verdorbenen Schätze ... Vom Hotel bis zum Häusle, vom Auto bis zum Airbus, von der Werbung bis zur Wahl.

Wer wirklich mal wissen will, wie verdorben die Journaille tickt: Erich Wiedemann, Achse des Guten lesen!! Warum der Mann sich so gut auskennt? Er war (früher!!) mal beim SPIEGEL ...

---



Ex-BILD-Chef  
Peter  
Bartels.

*PI-NEWS-Autor Peter Bartels war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch „Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“, beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine Facebook-Seite!*

---



# **Berlin: ARD-Hauptstadtstudio mit „Flunker TV“ beschmiert**

Offensichtlich wurde vergangene Nacht das Hauptstadtstudio der ARD mit dem bisher kaum üblichen Begriff „Flunker-TV“ beschmiert.

Unser Foto der Woche kommt aus Berlin und wurde von Christian Lüth aufgenommen, der sich als Pressesprecher einer großen Bundestagsfraktion mit dem Thema sehr gut auskennt. Es zeigt die beschmierte Fassade des ARD-Hauptstadtstudios in Berlin. In violett prangt dort auf den Parterre-Fenstern die Aufschrift „Flunker-TV“.

## **Psychologisch gut verständlicher Vandalismus**

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: selbstverständlich lehnen wir solche illegalen Aktionen rundwegs ab. Was juristisch abzulehnen ist, ist psychologisch aber doch irgendwie erklärbar.

Die Menschen in Deutschland haben die Nase gestrichen voll, von dem, was sie „Staatsfunk“ bezeichnen. Und was in Wirklichkeit immer mehr zu einer Dauerpropagandasendung für das System Merkel verkommt, für das die Bürger auch noch selbst bezahlen müssen.

## **„Flunker-TV“ wird zum festen Begriff der Medienkritik werden**

Insofern hat der Begriff gute Chancen zum festen Ausdruck innerhalb der alternativen Medienkritik zu werden. Ob dann auch der Begriff „Staatsfunk“ in „Staatsflunk“ umgewandelt wird, steht allerdings noch nicht fest.

Auch wenn das den gut dotierten Staatsfunkern, die sich nun zum Opfer der bösen Rechten stilisieren werden, nicht gefallen wird. Aber uns gefällt ja auch vieles nicht, was sie so auf

unsere Kosten ungefragt und nicht selten mit einer Zuschauer verachtenden Penetranz machen...

---

*(Artikel übernommen von David Bergers „Philosophioa Perennis“)*

---



## **NDR relativiert G20-Terror**

Von SARAH GOLDMANN | „Wir bräuchten mal wieder was gegen Rechts und pro Antifa und gegen die Bullen, Eli, hast du eine Idee?“ Etwa so darf man sich wohl den Beginn einer Verharmlosung linker Mordbrenner vorstellen, die Elisabeth Weydt im Auftrag des NDR heute Morgen auf der Nachrichten-Seite des NDR in Szene setzte. Eli hatte eine Idee.

Sie begann mit allgemeiner Relativierung und holte danach eine Lola aus der Mottenkiste, die angeblich von der Polizei beim Tanzen verprügelt wurde. Zuerst die allgemeine Relativierung und Verharmlosung linker Gewalt, Eli schreibt unter dem Titel „Unvergessen: G20-Gewalt von beiden Seiten“:

*Es war der größte Polizeieinsatz in der Geschichte Deutschlands: 31.000 Polizisten sollten beim Treffen der G20 im vergangenen Jahr in Hamburg für einen ruhigen Ablauf der Konferenz und des Protests sorgen. Doch am Ende standen Rauchschwaden über der Stadt, brannten Autos und Barrikaden. Läden wurden geplündert, Flaschen und Steine auf Polizisten*

*geworfen. Nicht nur die Gewalt einiger Protestierender, auch die einiger Polizisten empfanden viele als unangemessen.*

In der Überschrift erscheint zur Einstimmung eine Gleichsetzung der potenziellen linken Mörder mit der Polizei, differenziert wird nicht. Die Gewalt sei „von beiden Seiten“ ausgegangen. Eine Journalistin ist natürlich in der Lage, dies exakter auszudrücken, zu differenzieren. Weydt hätte auch titeln können: *Unvergessen: G20-Gewalt – auch von der Polizei.* Damit wäre der Anteil anders gewichtet worden. Doch das wollte und sollte Eli nicht schreiben.

Sie fährt fort: *Polizisten sollten für einen ruhigen Ablauf sorgen, doch dann ...* Doch dann haben sie was gemacht? Hier folgt nun eine Beschreibung der von den Linken verursachten Gewalt, allerdings ohne Zuordnung zu den linksextremistischen Tätern. Elisabeth Weydt beantwortet an dieser Stelle nicht die wichtigsten „W-Fragen“ ihres Artikels:

Wer hat für die Rauchschwaden über der Stadt gesorgt, linke Mordbrenner oder die Polizei? Wer hat Autos verbrannt und Barrikaden errichtet, linke Mordbrenner oder die Polizei? Wer hat die Läden geplündert, linke Mordbrenner oder die Polizei? Wer hat Flaschen und Steine auf Polizisten geworfen, in der Absicht diese zu verletzen oder zu töten, linke Mörder oder die Polizei selbst?

Stattdessen folgt danach, als Resümee, erneut eine Gleichsetzung beider Gruppen, die auf diese Weise und in dieser Formulierung für die vorher beschriebene (linke!) Gewalt gleichermaßen verantwortlich gemacht werden: *Nicht nur die Gewalt einiger Protestierender, auch die einiger Polizisten empfanden viele als unangemessen.*

Auch in der Mengenlehre folgt Elisabeth Weydt hier dem linksideologischen Sprachduktus, der beim NDR gepflegt wird: Es waren nur „einige“ Protestierer, so wie es auch nur „einige Polizisten“ waren, die für Gewalt sorgten, also gleich viele.

So ausgedrückt steht die Polizei sogar in einem schlechteren Licht als die Extremisten da, denn von der Polizei erwartet man Gesetzestreue, von Linksextremisten nicht. Wenn beide (gleichermaßen) gewalttätig werden, wiegt das bei der Gruppe schwerer, die ja eigentlich Recht und Gesetz vertreten soll.

Das jedenfalls kommt durch ihre sprachlichen Gleichsetzungen in Überschrift und Resümee zum Ausdruck und wird dem Leser subtil vermittelt. Und jetzt kommt auch noch die bereits erwähnte „Lola“ ins Spiel, Elisabeth schreibt:

*Lola D. wohnt nur einige Hundert Meter entfernt von dem Ort, an dem sie vor einem Jahr fast den Glauben an die Demokratie verlor. Damals hätte sie mit ein paar Freunden am Abend der großen Demonstration friedlich auf der Straße im Hamburger Stadtteil St. Pauli getanzt, erzählt sie.*

*„Auf einmal ist die Polizei richtig schnell auf uns zu gerannt, und hat auf alle Menschen eingeschlagen, mit Schlagstöcken.“ Sofort sei überall Blut auf dem Boden gewesen, sagt sie. Lola D. selbst habe an einer Wand gestanden, vor ihr ein Polizist. „Er hat weiter die Leute geschlagen und auf einmal hat er mein Bein getroffen.“*

Es folgen Ergüsse über Lolas folgende Leidensgeschichte, dass sie wegen der Ausrüstung und wegen fehlender Markierungen die Polizisten nicht richtig identifizieren konnte, keine Anzeige erstattete und den Glauben in die Demokratie verlor.

Lola hat auf der Straße getanzt, ja? Es hört sich an, als wäre sie auf einem Kindergeburtstag oder Straßenfest gewesen. Und da kommt dann plötzlich die Polizei und schlägt unvermittelt auf die Friedlichen ein? Das ist nicht die ganze Wahrheit.

Wer die Bilder des G20-Gipfels gesehen hat, weiß, dass es Demonstranten gab, die durch pseudo-friedliche Aktionen (Sitzblockaden, Clownereien oder eben auch „Tanzen“) versuchten, die Polizisten aufzuhalten und sie beim Durchgreifen in ein schlechtes Licht zu rücken. Vielleicht war



das hier so, der NDR verschweigt jedenfalls die entsprechende Information. Nur indirekt erfährt man, dass „Lola“ keineswegs in jugendlicher Leichtigkeit vor einer Disco oder auf einem Straßencafé auf der Straße tanzte, sondern dass sie es auf einer Demo tat. Am Ende sagt Lola: *„Ich glaube, ich brauche Zeit, um das innerlich zu verarbeiten und mich wieder auf eine Demonstration trauen zu können. Im Moment geht das nicht.“*

Arme Tänzerin. Böse Polizei. Lob vom NDR-Intendanten. Kampfauftrag erfüllt.

» Kontakt: [post@elisabethweydt.de](mailto:post@elisabethweydt.de)